

Wie ein Strich durchs Leben

Abgelehnte Asylsuchende, die nicht abgeschoben werden können, führen ein Leben auf Abruf, mit stark eingeschränkten Rechten. Die kurdische Libanesin Meryem Kaymaz kommt 1988 im Alter von sechs Monaten nach Deutschland. Als sie elf ist, wirft die Ausländerbehörde ihren Eltern vor, beim Asylantrag gelogen zu haben. Die weisen das zurück, doch von nun an leben sie als Geduldete. Dann beginnt Kaymaz sich zu wehren. „Ich bin Deutsche. Die kriegen mich hier nicht weg“, sagt sie.

In Meryem Kaymaz' Augen hat sich keine Härte eingegraben. Aber manchmal friert ihr Blick auf den Bildschirm kurz ein, dann bleiben ihre Finger in der Luft stehen, und ihr kommt nichts Tröstliches mehr in den Sinn, das sie in die Tastatur tippen könnte. Hassan_essen ist heute im Chat, jamila 03, kingahmu-die und ArAb_StYIEr_2006. Alle haben das gleiche Problem, keiner ist hier, weil er sich bloß unterhalten will. „wie lange hast du gekriegt?“, fragt Kaymaz ArAb_StYIEr_2006. „wie immer drei monate“, erscheint in der Chatzeile. „ach so ich muss jetzt auch bald hin“, tippen Kaymaz' Finger. „voll angst#“.

Es ist ein Samstagnachmittag, Ende September 2006. Kaymaz, 19 Jahre alt, trägt ein rotes Hemd, eine Strähne fällt aus den zusammengebundenen Haaren, und das Sonnenlicht scheint durch die verbogenen Lamellen der Plastikjalousie auf den Monitor, während Kaymaz weiter tippt im Chatraum der Ausgeschlossenen. Alle im Internet Forum von Jugendliche ohne Grenzen (JOG) haben ihr Leben in Deutschland verbracht, aber dürften gar nicht hier sein. Sie sind eine Selbsthilfegruppe im Niemandsland des Aufenthaltsrechts. Sie sind nicht illegal im Land, aber auch nicht legal.

„hoffentlich bekommst du länger“, wünscht ihr ArAb_StYIEr_2006.

Wenn sein Wunsch in Erfüllung geht, dann wären es diesmal vielleicht drei Monate, die die Bremer Ausländerbehörde Meryem Kaymaz' Abschiebung aussetzt, wie es im Amtsdeutsch heißt. Und nicht immer nur einen Tag, wie vor Kurzem.

Andere Jugendliche machen den Führerschein, wenn sie volljährig werden, und gehen in Clubs, in die sie vorher nicht reingekommen sind. Manche bekommen ein Auto. Meryem Kaymaz bekommt zum Achtzehnten

von der Ausländerbehörde ihre eigene Duldung. Nun kann sie auch allein abgeschoben werden. Ohne ihre Eltern. So wie ihr älterer Bruder vor drei Jahren.

Erst haben die Eltern ihr verheimlicht, wie es um die Familie steht. Aber dann drängte Kaymaz auf einen gemeinsamen Urlaub. Und dann sagten die Eltern: „Wir dürfen nicht verreisen.“ Da ist sie elf.

Ihr Leben ist danach nicht mehr dasselbe.

Am Ende eines Schuljahres fuhr ihre Klasse nach Frankreich. Geduldete unterliegen der Residenzpflicht, Kaymaz braucht eine Erlaubnis. Die Ausländerbehörde lehnt ab.

Wenn ihre Freunde mal nicht mit ihr ausgehen wollen, dann sagt sie: „Es kann sein, dass ich heute den letzten Tag mit euch hier bin. Also feiern wir lieber.“

Die Bremer Filmemacherin Rebekka Schaefer hat eine grandiose Dokumentation über Kaymaz' Leben gedreht. In einer Szene faltet diese ein kleines grünes Papier auf dem Wohnzimmer-tisch auseinander. Es ist ihre Duldung, sie trägt die Nummer FÖ1820617, ausgestellt von der Ausländerbehörde Bremen. „Das finde ich am lustigsten“, sagt sie dann. „Da ist ein dicker Strich durch“, sie deutet auf einen roten Streifen. Er zieht sich diagonal über die Seite mit den Angaben zu ihrer Person. Das soll Manipulationen erschweren. „Wie ein Strich durchs Leben“, sagt Kaymaz.

„Vielleicht können Sie beim nächsten Mal direkt ins Flugzeug steigen“, sagt ein Sachbearbeiter einmal, als sie kommt, um sich ein neues grünes Papier abzuholen.

Nach der 10. Klasse findet sie zwei Firmen, die bereit sind, ihr trotz des fehlenden Aufenthaltsrechts einen



Christian Jakob
Die Bleibenden
Wie Flüchtlinge
Deutschland seit 20
Jahren verändern
260 Seiten
ISBN 978-3-86153-
884-4
18 Euro (D), 18,50
Euro (A)
CH. Links Verlag

Job zu geben. Das Arbeitsamt lehnt ab.

Sie sucht weiter und findet zwei Ausbildungsbetriebe, die sie nehmen wollen. Das erste Mal lehnt das Arbeitsamt wieder ab, das zweite Mal erteilt es die Erlaubnis erst nach sechs Monaten – aber nur für acht Stunden pro Woche, Freitag, Samstag und Sonntag-abend. Zu wenig für den Restaurantbetrieb. Sie bekommt die Stelle nicht.

Kaymaz gehört zu einer Arabisch sprechenden kurdischen Minderheit, den Mhallami. Ihre Großeltern wurden einst aus der Türkei vertrieben, ihre Eltern flohen vor dem Bürgerkrieg im Libanon. Als die Familie 1988 nach Deutschland kommt, ist Kaymaz sechs Monate alt. Sie gelten als staatenlos und bekommen Asyl. Drei der sechs Kinder werden in Deutschland geboren.

Elf Jahre nach ihrer Ankunft bestellt die Bremer Ausländerbehörde die Eltern ein.

Sie hat in der Türkei Melderegistereinträge kurdischer Libanesen gefunden, die nach Deutschland geflohen waren. Darunter finden sich auch Namen, die die deutschen Behörden Kaymaz' Familie zurechnen. Also, schlussfolgert die Behörde, seien Kaymaz' Eltern Türken und keine staatenlosen Libanesen. „Identitätsfälschung“ sei das. Über 500 solcher Familien machen die Ausländerbehörden zu dieser Zeit bundesweit aus. „Tausendfacher Asylbetrug“, schreiben die Boulevardzeitungen, „Scheinlibanesen“ sagt Bremens damaliger Innensenator Kuno Böse (CDU) 2001. Er will Kaymaz' Familie in die Türkei abschieben.

Sie seien keine Türken, sagen Meryem Kaymaz' Eltern der Ausländerbehörde. Die Großeltern hätten sie einst in das türkische Geburtsregister eintragen lassen. Doch in der Türkei hätten sie nie gelebt. Vor allem den Kindern ist das Land völlig unbekannt. Niemand in der Familie spricht ein Wort Türkisch. Auch die Türkei hält die Familie nicht für türkisch. Sie will sie nicht einreisen lassen.

Das diplomatische Hin und Her zieht sich, die Bremer Ausländerbehörde macht der Familie Druck. Sie soll von allein ausreisen. Ihren Gemüseladen müssen die Eltern schließen, nachdem ihnen die Identitätsfälschung vorgeworfen wurde. Sie müssen von 598 Euro

Sozialhilfe im Monat leben, sieben Personen. Arbeiten ist verboten. Sie müssen in eine kleinere Wohnung ziehen, 3,5 Zimmer für alle. Vier Mädchen, teils volljährig, in zwei Stockbetten. Die Mutter schläft dazwischen auf einer Matratze auf dem Boden.

Man kann doch niemanden abschieben, der schon sein ganzes Leben hier ist, sagt Kaymaz.

Eines Morgens um fünf Uhr früh klingelt es an der Tür. Polizisten kommen in die Wohnung, sie machen nicht viele Worte, aber werfen alles aus den Regalen und Schränken, auf der Suche nach irgendetwas, das den Behörden nutzen könnte, um den Türken zu beweisen, dass die Familie türkisch ist. Sie finden nichts. Sie hat gelernt zu verstecken, wie es in ihr aussieht, sagt Kaymaz. „Sonst denken die Leute, ich will Mitleid.“

Irgendwann kommen die Polizisten wieder, diesmal etwas später am Tag.

Die Ausländerbehörde will die Familie jetzt mit einem Staatenlosen-Pass in die Türkei abschieben. Die Mutter ist allein zu Hause. „Packen Sie alle Sachen“, sagen sie.

„Für jeden nur 20 Kilo.“ Am Abend würden sie sie abholen. Als Kaymaz nach der Schule nach Hause kommt, findet sie ihre Mutter weinend in der Küche. Ein Anwalt holt im letzten Moment etwas Aufschub heraus.

„Die Angst kommt schon hoch, wenn ich nur einen Polizisten auf der Straße sehe“, sagt Kaymaz. Als sie in der Schule erzählt, was geschehen soll, glaubt der Lehrer ihr nicht. Als sie anfängt zu weinen, vergehen seine Zweifel. Ihre Klasse sammelt Unterschriften für Kaymaz, in der ganzen Stadt, Gruppen wie die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantenInnen oder No Lager steigen ein. Die Proteste ziehen sich über Monate, viele Medien berichten über die Lage der angeblich türkischen Familien. Schließlich ordnet Innensenator Böse an, dass die Ausländerbehörde Kindern der kurdischen Libanesen ein Bleiberecht geben darf. Die Duldung der Familie Kaymaz wird nun immerhin für jeweils sechs Monate verlängert.

Ich bin Deutsche, sagt Kaymaz. Die kriegen mich hier nicht weg. Oder?

Ein Jahr später scheidet Böse aus dem Amt. Sein

**Ich bin Deutsche, sagt Kaymaz.
Die kriegen mich hier nicht weg.
Oder?**

Nachfolger Thomas Röwekamp (CDU) setzt den Libanesen-Erlass außer Kraft. Der Druck der Ausländerbehörde nimmt wieder zu. Im August 2005 muss die Familie fast jeden Tag zum Amt. Um halb fünf morgens anstellen, mittags um zwölf sind sie dran. Die Behörde verlängert die Duldung immer nur um einen einzigen Tag.

Keymaz schafft unter diesen Umständen den Realschulabschluss nicht. Der Vater kommt drei Mal in die Psychiatrie, nimmt fünf Sorten Tabletten, fängt an zu trinken. „Mit 59 ist man noch jung“, sagt Kaymaz. „Aber er vergisst schon so viel. „Beide Eltern leiden an Schlaflosigkeit. Manchmal stehen sie aus dem Bett auf und sitzen einfach da. Sie hören sich nicht mehr zu. Irgendwann können sie kaum noch miteinander in einem Raum sein. „Dann geht es sofort los: ‚Deine Schuld‘. ‚Nein, deine Schuld‘“, sagt Kaymaz.

Aber wer hätte was anders machen sollen?

2005 leben rund 120 000 Menschen schon länger als fünf Jahre mit einer Duldung in Deutschland.

Das sind etwa vier Mal so viele wie heute. Mehr als ein Drittel sind Kinder und Jugendliche. Viele haben Angst, sich mit den Ausländerbehörden anzulegen. Einige, die keine Angst haben, gründen 2005 Jugendliche ohne Grenzen. Ihr Logo ist ein rot durchgestrichenes startendes Flugzeug. Der Strich ist dem nachempfunden, den die Behörden auf die Duldungen drucken. Doch dieser trägt die Aufschrift „hiergeblieben“. Kaymaz stößt 2006 dazu. Sie gründet eine Lokalgruppe in Bremen.

In dem Bundesland leben da etwa 700 langjährig geduldete Minderjährige. Zu den JOG-Treffen jeden Freitag im Mädchenkulturhaus in der Heinrichstraße kommt nur eine Handvoll von ihnen. „Wir werden abgeschoben, nicht die anderen, also müssen wir uns selbst kümmern“, sagt Kaymaz. Sie treffen Grünen-Politiker, sprechen in Schulen, und wenn der Innensenator Röwekamp öffentliche Auftritte hat, dann stehen sie manchmal da und verteilen Flugblätter. In derselben Zeit besucht Kaymaz die Abendschule und versucht, ihren Realschulabschluss nachzuholen.

Integration, so heißt es bei den Innenministern immer, sei eine wesentliche Voraussetzung für die Erteilung eines Bleiberechts.

Alle sechs Monate treffen die deutschen Innenminister sich, immer in dem Land, das gerade dem Bundesrat vorsteht. Jedes Mal reisen ihnen die JOGs jetzt

hinterher. Mit Geld von Kirchen und Pro Asyl veranstalten sie eine „Gegenkonferenz“, meist in einer Jugendherberge. Das erste Mal ist Kaymaz im Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen dabei. Die Stadt ist voll mit Polizeiwagen, das Hotel Riessersee, der Tagungsort der Innenministerkonferenz (IMK), abgesichert. Erst ist der Terrorismus dran, dann der Fußball, dann die Ausländer: Tagesordnungspunkt Nummer 5 ist „Integration“, Nummer 6 „Bleiberecht für Asylbewerber mit langjährigem Aufenthalt“.

80 JOGler aus elf Bundesländern sind nach Garmisch-Partenkirchen gekommen.

Sie laufen durch die Straßen, manche haben sich komplett in das rote Absperrband eingewickelt, auf dem „hiergeblieben“ steht, sie sehen fast aus wie Mumien. An den Fenstern der Häuser hängen Kästen mit blühenden Geranien, an die weißen Wände sind blaue Karos, Bergpanoramen in Pastellfarben und Tänzer in Alpentrachten gemalt, als sei die Bergkulisse rund um den Ort nicht schon Idyll genug. Mannschaftswagen der Polizei fahren vor der Demo der Jugendlichen, die Deutschland verlassen sollen. Die tragen Schilder mit durchgestrichenen Flugzeugen, und aus einem Lautsprecher rappt ein Mädchen über den leeren Platz, der zurückbliebe, würde sie abgeschoben.

Am nächsten Morgen laden sie Journalisten ein, der Geschäftsführer von Pro Asyl ist gekommen, gemeinsam geben sie eine Pressekonferenz. Weil die Minister drinnen über das „Nationale Sicherheitskonzept FIFA WM 2006“ reden, veranstalten die Jugendlichen draußen eine kleine Fußball-WM. Drei Mannschaften sollen teilnehmen: eine von ihnen selbst, eine aus Garmisch-Partenkirchen und eine der Innenminister. Aber die kommen nicht.

Nachdem die übrigen beiden Mannschaften fertig gespielt haben, unterschreiben alle Jugendlichen den Ball und schicken eine Delegation, die ihn den Ministern überreichen soll. Um die Sache unter Kontrolle zu halten, fährt die Polizei die Delegation zum Tagungshotel, ein Fernseheteam ist dabei, Fotografen. Der Pressesprecher des Bayerischen Innenministeriums tritt vor die Tür, das machen sie jedes Mal so, wenn die Jugendlichen kommen. Er heißt Michael Ziegler. Er nimmt den Ball entgegen und noch eine Unterschriftenliste; und, ja sicher, auch die „Rote Karte für die deutsche Abschiebepolitik“, die die Jugendlichen ihm in die Hand drücken, werde er weitergeben, versprochen. Dann geht er wieder in das Hotel.

Nach dem Mittagessen fahren die Minister zum Gruppenfoto auf die Zugspitze.

Etwas unterhalb des Gipfelkreuzes befindet sich eine Plattform. Keine Wolke ist am Himmel zu sehen, der Schnee reflektiert den Sonnenschein, die Plattform ist voll mit Fotografen und Ministern und Referenten, aber nach kurzer Diskussion lassen die Sicherheitsleute auch die Jugendlichen hinauf. Sie haben ein Transparent dabei, und während die Minister für die Fotografen posieren, halten die Jugendlichen es von hinten über deren Köpfe, so dass die Minister nicht anders können, als es zu lesen. Der Berliner Staatssekretär Ulrich Freise erkennt einige der Jugendlichen von anderen Aktionen wieder und lässt sich mit ihnen fotografieren. Dann versuchen sie, dem bayerischen Minister Günther Beckstein (CSU) einen „Hier geblieben“-Schal zu schenken, doch der lehnt ab. Dann fahren die Minister nach Hause.

Zu TOP 5, „Integration“, ist ihnen viel eingefallen: Sie beschließen, dass „Integrationswillige“ sich mit der „Werteordnung des Grundgesetzes befassen und identifizieren“ sollten. Von „den Migranten“ fordern sie dabei einen „aktiven Beitrag“. Eltern und Familien seien „in der Pflicht“, „Parallelgesellschaften zu vermeiden“. Wer in Deutschland leben wolle, müsse Ja sagen zum Gewaltmonopol des Staates, sich zu „Demokratie, Gewaltfreiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mann und Frau sowie zu religiöser Toleranz“ bekennen und gut Deutsch können. Es ist viel von Pflichten die Rede in diesem Papier, aber wenig von Rechten. Zum TOP 6, „Bleiberecht“, fällt den Ministern nichts ein. Sie wollen auf ihrer nächsten Konferenz über ein mögliches Bleiberecht entscheiden, heißt es, im November in Nürnberg.

Kurz davor bekommt Kaymaz einen Termin beim Bremer Innensenator Thomas Röwekamp. Er könnte ihr mit einer einzigen Unterschrift ein Bleiberecht erteilen. „Man wird sehen, entschieden wird auf der IMK“, habe er gesagt, berichtet Kaymaz später über die Begegnung. Für einige Jugendliche käme vielleicht eine Härtefallregelung in Frage. Die Eltern aber bekämen sicher kein Aufenthaltsrecht.

Im November fährt Kaymaz nach Nürnberg.

120 Jugendliche von JOG sind da, einige tausend Menschen demonstrieren mit ihnen für ihr Bleiberecht. Am dritten Tag der Konferenz tritt Beckstein vor die Presse. „Wer für sich sorgen kann und durch Arbeit seinen eigenen Unterhalt sichert, kann ab Montag eine

Aufenthaltsgenehmigung beantragen“, sagt er. Voraussetzung sei, zum Stichtag mehr als sechs Jahre (mit Kindern) oder mehr als acht Jahre (ohne Kinder) in Deutschland zu leben. Es sei eine „faire Chance für faktisch und wirtschaftlich integrierte Ausländer“. Im Protokoll des Innenministertreffens in Nürnberg aber steht unter Punkt 6.6: „Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Personen, die die Ausländerbehörde vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht haben.“ Geduldet, die die Voraussetzung für ein Bleiberecht nicht erfüllen, würden nun konsequent abgeschoben, sagt Beckstein.

Kaymaz ahnt, dass die „faire Chance“ nicht für sie und ihre Familie gelten wird. Niemand von ihnen arbeitet. Die Behörden haben es ihnen verboten. Wie sollen sie „eigenen Unterhalt“ sichern? „Vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht“ – genau das wirft die Ausländerbehörde ihnen ja vor. Für die Familie Kaymaz und viele der JOGs ändert sich nichts.

Nach der Bürgerschaftswahl 2007 verliert die CDU die Regierungsbeteiligung in Bremen. Röwekamp scheidet aus dem Amt, die SPD koaliert jetzt mit den Grünen. Jahrelang hatten die in der Opposition ein Ende der Kettenduldungen verlangt, die Gruppe um Kaymaz hatte Kontakt zu ihnen gehalten. 2008 bekommt Kaymaz eine Aufenthaltsgenehmigung auf Probe. Zwei Jahre hat sie Zeit, zu beweisen, dass sie sich selbst finanzieren kann. Sie fängt eine Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten an. Danach will sie Abitur machen und Jura studieren. Asylrecht.

Heute arbeitet Meryem Kaymaz in einer Anwaltskanzlei für Ausländerrecht in Bremen.

Abdruck mit freundlicher Erlaubnis des Autors und des CH. Links Verlags, Berlin